ANALYSEN & IMPULSE
komment papers 02

02

Globales Lernen Potenziale und Perspektiven

Wie viel Demokratie verträgt die Welt? Demokratie global denken

Dokumentation der Fachtagung
Graz/Wien • 09./10. November 2015

komment Gesellschaft für Kommunikation | Entwicklung | dialogische Bildung

ISBN: 978-3-9504408-0-5

02

INHALT

Vorwort 3

Heidi Grobbauer
Wie viel Demokratie verträgt die Welt? 4
Auf dem Weg zur Tagung 2015

Wolfram Schaffar
Demokratie global denken 6
Auf dem Weg zu einer transnationalen Demokratiebewegung

Constanze Berndt
Demokratiepädagogik und Globales Lernen 16
Perspektiven & Potenziale

Gesprächskreise 22

Graphic Recording 25

Filme zum Thema 26

Tagungsprogramme 28

IMPRESSUM

Globales Lernen. Potenziale und Perspektiven
Wie viel Demokratie verträgt die Welt? Demokratie global denken

Herausgeberin der Ausgabe: Dr.in Heidi Grobbauer
Graphische Konzeption: Eric Pratter
Layout: Shilan Grobbauer
Salzburg 2017

ISBN: 978-3-9504408-0-5
online unter: www.komment.at

ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGS ZUSAMMENARBEIT

BMB Bundesministerium für Bildung

PH Wien

Globales Lernen STRATEGIEGRUPPE

VORWORT

Ein Thema - zwei Tagungsorte: Die Fachtagung Globales Lernen - Potenziale & Perspektiven fand 2015 an zwei Orten statt. Unter dem Titel „Wie viel Demokratie verträgt die Welt. Demokratie global denken“ machte die Kirchliche Pädagogische Hochschule in Graz den Auftakt. Am darauffolgenden Tag fand die Tagung unter demselben Titel und mit den beiden Vortragenden, Dr. Wolfram Schaffar und Dr. Constanze Berndt, im Albert Schweitzer Haus in Wien statt. Rund 270 LehrerInnen, Studierende Lehrende von Pädagogischen Hochschulen und Universitäten sowie MultiplikatorInnen aus verschiedenen Bildungsbereichen folgten unserer Einladung.

Mit der KPH Graz konnte eine Institution als Kooperationspartner gewonnen werden, an der es ein hohes Commitment für das Anliegen Globales Lernen gibt. Außerdem konnte auf eine gute und bewährte Kooperationsstruktur in Graz zurückgegriffen werden. Wir bedanken uns bei den verantwortlichen Organisationen, die die Fachtagung in Graz möglich gemacht haben: die Kirchliche Pädagogische Hochschule, Welthaus Graz, Südwind Steiermark und das Land Steiermark. Großer Dank gebührt aber den Menschen dahinter: Dr. Alexandra Strohmeier-Wieser, Dr.Christian Brunnthaler, Dr. Walter Prügger und Mag. Alexander Pfeffer.

Die Fachtagung Globales Lernen wurde 2015 bereits zum vierten Mal durchgeführt. Begonnen haben wir 2012 mit dem Schwerpunkt „Schule in der Weltgesellschaft“, der die Potenziale von Globalem Lernen für eine zeitgemäße LehrerInnenbildung, für kompetenzorientierten Unterricht sowie für den Umgang mit Heterogenität und Mehrsprachigkeit in der Schule sichtbar machte. Globales Lernen spannt den Bogen von den „Schlüsselfragen unserer Zeit“ – globalen Entwicklungsprozessen und -problemen – hin zu den Erfordernissen für einen Übergang in eine nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung, die von sozialem Zusammenhalt, globaler Gerechtigkeit und Solidarität getragen ist. Die Fachtagung 2013 beschäftigte sich mit den Herausforderungen an eine politische und ökonomische Bildung und stellte die Frage, wieweit tiefgreifende Krisen gesellschaftliche Lernprozesse initiieren und eine transformative Bildung entfalten können.

2014 griffen wir das Thema Rassismus auf und setzten uns mit der Perspektive einer rassismuskritischen Bildung auseinander, die wir damals als eine aktuelle Herausforderung bezeichneten. Im Rückblick betrachtet hat das Thema weitere Aktualität bekommen. Nicht allein die Vielfalt kultureller, sprachlicher und religiöser Zugehörigkeiten ist heute eine gesellschaftliche Herausforderung. Zunehmende soziale Ungleichheit gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sie ist vielfach auch Ausdruck einer neuen, ökonomistisch begründeten Form von Rassismus, der Ungleichheit als gegeben ansieht und den Wert des Einzelnen nach seinem ökonomischen Wert für die Gesellschaft bemisst. Extreme Ungleichheit ist mit der universellen Idee der Menschenwürde unvereinbar und sie – hierin sind sich viele ExpertInnen einig – stellt eine Gefährdung für die Demokratie und für Demokratieentwicklung dar.

„Unsere Welt. Unsere Würde. Unsere Zukunft“ - dieses Motto des Europäischen Jahrs für Entwicklung (EYD 2015) stand auch für das Anliegen unserer Tagung 2015.

Mit der vorliegenden Dokumentation wünschen wir Ihnen einen interessanten Rückblick!

Strategiegruppe Globales Lernen
(im Namen aller Veranstalter)

Heidi Grobbauer

Wie viel Demokratie verträgt die Welt?

Auf dem Weg zur Tagung 2015

„Wie viel Demokratie verträgt die Welt?“ – ein provozierender Titel für die Fachtagung Globales Lernen. Die Auseinandersetzung mit der Entwicklung von Demokratie wird meist in einem nationalen Rahmen geführt. Mit dieser Frage wollten wir als Veranstalter betonen, dass die Entwicklung von Demokratie auch eine transnationale Frage werden muss. Die Idee der Demokratie ist grundsätzlich universell, darauf wurde auch in den beiden Vorträgen der Fachtagung explizit hingewiesen. In Anlehnung an den indischen Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen stellt Constanze Berndt fest, dass Grundprämissen der Demokratie wie soziale Gleichheit, Partizipation und öffentliche Diskussion keine westlichen Errungenschaften sind.

Demokratie basiert unter anderem auf der Anerkennung von Menschenrechten und Verwirklichungschancen für Alle. Der permanente Ausschluss vieler Menschen von sozialer und politischer Teilhabe wird weltweit immer weniger toleriert. Die Welle von Demokratisierungsbewegungen, die im Arabischen Frühling zunächst einen hoffnungsvollen Ausdruck fanden, war ebenfalls ein Signal dafür. Auch wenn sechs Jahre danach von diesem Aufbruch nicht mehr viel übrig scheint und die politische Situation weit entfernt ist von dem, was die Menschen damals ersehnt und erwartet haben, kann daraus - aus einer historischen Perspektive - noch kein Urteil über die Entwicklung der Demokratie in der Region abgeleitet werden. Die Nahost-Expertin Gudrun Harrer verweist auf die Geschichte, die zeigt, dass lange politische Übergangsprozesse notwendig sind:

„Es ist viel verlangt von den Betroffenen – und dazu gehören längst auch die Europäer -, zu versuchen, inmitten von sich überstürzenden Ereignissen in historischen Dimensionen zu denken. Die fünfte Wiederkehr dessen, was man damals den Arabischen Frühling nannte, macht jedoch genau dies nötig. Ja, erstellt man heute einen Befund, ist alles ein Desaster. (...) Dennoch wäre es verfehlt, nach fünf Jahren eine abschließende Bilanz über den Arabischen Frühling ziehen zu wollen. Vielmehr sollten wir uns fragen, was uns, die Zuseher und Kommentatoren der Ereignisse, damals verleitet hat zu glauben, dass der Sturz von Regimen – der Spitze von in Jahrzehnten verfestigten, korrupten und gewalttätigen Apparaten – alle Übel der Region auf einen Schlag lösen würde. Selbst wenn diese Apparate mit verschwunden wären, die Gesellschaften, entmündigt, korrumpiert und gewaltbereit, wären noch immer da gewesen“ (Harrer 2016).

Heute prägen Tendenzen zur Ent-Demokratisierung und radikal anti-demokratische Bewegungen nicht nur den Nahen Osten. Auch dort, wo demokratische Systeme als gefestigt galten, wird die Demokratie in der Krise gesehen. Ende 2016 blickt die Weltöffentlichkeit gebannt auf die Präsidentschaftswahlen in den USA, die wohl auch hinsichtlich der demokratischen Entwicklung des Landes eine historische Zäsur bedeuten. Europa sieht sich im Inneren mit Regierungen konfrontiert, die zwar demokratisch gewählt und legitimiert sind, jedoch in einem autokratischen Stil agieren und an der Etablierung autokratischer Systeme arbeiten. Einige dieser Entwicklungen waren im Herbst 2015, zum Zeitpunkt der Fachtagung Globales Lernen, noch nicht absehbar.

Krise und Demokratie – ein Wechselspiel?

Wolfram Schaffar hat in seinem Vortrag aber bereits auf einen relevanten Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrise und Demokratieentwicklung hingewiesen. Mit der ökonomischen Krise ist auch die Demokratie in eine Krise geraten, wie nicht nur am Beispiel Griechenland aufgezeigt werden kann. Die ökonomische Krise droht zu einer Krise der demokratischen Verfassung beziehungsweise zu einer Krise der Akzeptanz der demokratischen Verfassung und ihrer Institutionen zu werden. Einerseits widersprechen die Strategien zur Krisenlösung demokratischen Anforderungen. Andererseits bedrohen die Folgen der

Wirtschaftspolitik die soziale Sicherheit vieler Menschen und führen zu einem Verlust des Vertrauens in die Politik, zu Resignation und einer Abkehr von Politik und Demokratie (vgl. Büsing/Eis/Klöpper 2013, S. 9). Wolfram Schaffar hat in seinem Vortrag dafür plädiert, die Frage der Tagung quasi umzudrehen und zu fragen: „Können wir es uns leisten, auf Demokratie zu verzichten?" – gerade angesichts der Vielfachkrise. Schaffar sieht Demokratie als Schlüssel zur Bearbeitung von Krisen. Mit der Tagung wollten wir den Blick gerade auch auf diese Herausforderungen lenken. Vor dem Hintergrund der globalen Krisen heute ist vor allem das Potenzial von Demokratie für transnationale Konfliktlösungen und notwendigen sozialökologischen Wandel in den Fokus zu rücken.

Demokratie global denken – ein Thema für die Bildung?

Das Schwerpunktthema der Fachtagung „Demokratie global denken" stellte für den pädagogischen Bereich kein einfaches Thema dar. Eine Herausforderung besteht darin, die notwendige Auseinandersetzung mit globalen Trends von Demokratieentwicklung und Gefährdungen für die Demokratie in Zeiten der Vielfachkrise auch als Thema für Bildung und Schul- und Unterrichtsentwicklung aufzubereiten. Constanze Berndt konnte in ihrem Vortrag dafür eine Brücke schlagen, in dem sie Globales Lernen und Friedenspädagogik mit Fragen der Demokratiepädagogik verknüpfte. Universale demokratische Werte, der Umgang mit Wertepluralismus, oder das Einüben demokratischer Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse anhand transnationaler Themen bieten spannende Möglichkeiten für Bildungsprozesse. Weitere wichtige Themen im Kontext von Globalem Lernen und einer Bildung für die Weltgesellschaft bilden Fragen der Exklusion und Ungleichheit, aber auch Tendenzen zu autoritären Ansätzen und deren Gefährdung weltweiter gesellschaftlicher Entwicklung. Nicht zuletzt will Bildung im 21. Jahrhundert, eine solidarische Zukunft ermöglichen und die politische Teilhabe von (jungen) Menschen als „global citizens" fördern.

„Dies ist meine These: Die Herausforderung an eine Politik, die dem Epochenwechsel unserer Tage gerecht werden will, besteht darin, die Ängste und Nöte der Menschen ernst zu nehmen, dies aber nicht mit einer Preisgabe demokratischer und weltoffener Grundsätze zu bezahlen. Im Gegenteil: Erforderlich ist eine große Transformation im Denken und Handeln. Vor 150 Jahren ging es an diesem Ort um die Transformation von der religiös begründeten Feudalordnung in die nationalstaatliche Demokratie; heute geht es um den Übergang von der nationalstaatlichen in die transnationale, ja kosmopolitische Demokratie. Dies schließt grundlegende institutionelle Neuerungen, ja ein Ausbuchstabieren der demokratischen Frage für die sich selbstgefährdende Welt ein. Auch diese Idee einer postnationalen Demokratie wird man als idealistisch abtun. Damit sie politisch Gestalt und Macht gewinnt, bedarf es der Begründung und Gründung eines neuen politischen Subjektes: nationaler Parteien der Weltbürger. Sie können dann auch auf die mit den Verflechtungen der Weltgesellschaft wachsenden Ausbrüche von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus die einzige angemessene Antwort geben: gelebte Bürgerrechte." (Beck 1998)

LITERATUR

Beck, Ulrich: Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich? Rede in der Paulskirche Frankfurt am 5. Juni 1998

Büsing, Harald/ Eis, Andreas/Klöpper, Manfred (Hrsg.): Demokratie in der Krise. Krisenpolitik und demokratische Legitimation. Oldenburg 2013.

Harrer, Gudrun: Der arabische Weg durchs tiefe Tal. In: Der Standard, 6. Februar 2016.

Wolfram Schaffar

Demokratie global denken

Auf dem Weg zu einer transnationalen Demokratiebewegung

Dr. Wolfram Schaffar: Studium der Allgemeinen Sprachwissenschaft, Japanologie und Informatik, sowie Thailändisch an der Universität Tübingen und der Waseda-Universität, Tokio. Er war am Institut für Sozialwissenschaften an der Universität Hildesheim und kam 2010 als Professor für Internationale Entwicklung an die Universität Wien. Seit 2014 ist er Professor für politikwissenschaftliche Entwicklungsforschung und Inhaber der Stiftungsprofessur der Austrian Development Agency (ADA) am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien.

Seit 2008 sind wir mit einer globalen Krise konfrontiert, die – verglichen mit früheren Krisen und Flauten – eine neue Qualität zeigt. Zahlreiche Publikationen haben darauf hingewiesen, dass es sich nicht um eine, sondern um mehrere miteinander verschränkte Krisen handelt: Mit dem Stichwort „Vielfachkrise" (Demirović et al. 2011) wird benannt, dass – ausgelöst durch die Pleite der Bank Lehmann Brothers – zunächst eine Finanzkrise in den USA entbrannte, diese aber bald in eine allgemeine Wirtschaftskrise mündete und sich später als Krise des Euro und als Schuldenkrise einzelner europäischer Länder fortsetzte. Jenseits dieser zeitlichen Abfolgen von Krisen verweist der Begriff Vielfachkrise auf eine Verschränkung von unterschiedlichen Dimensionen. Verbunden mit der Wirtschaftskrise sind eine sich kontinuierlich verschärfende ökologische Krise sowie eine Krise der sozialen Reproduktion. Weiters beobachten wir die Ausweitung und Intensivierung von Kriegen. Es ist nicht übertrieben, für das Jahr 2015 ein Staccato an immer neuen und unerwarteten Krisenszenarien zu diagnostizieren.

Im Zusammenhang des Themas der Tagung ist es zentral, den globalen und transnationalen Charakter der Vielfachkrise herauszustellen. Globale Finanzmärkte und die Finanzialisierung der Weltwirtschaft haben zu transnationalen Abhängigkeiten geführt. Nach der Pleite des Bankhauses Lehmann-Brothers, durch die in den USA die Finanzkrise von 2008 ausgelöst wurde, wurde daher oft vor einer möglichen „Ansteckung" gewarnt. Mit der Ausweitung der Krise nach Europa trat diese Ansteckung auch prompt ein. Ebenso werden im Zusammenhang mit der Schuldenkrise Griechenlands immer wieder die möglichen globalen Auswirkungen einer Staatsinsolvenz beschworen.

Noch deutlicher ist es beim Klimawandel: Die globale Erwärmung und die beobachtbaren und zu erwartenden Auswirkungen verweisen auf transnationale Abhängigkeiten. Es ist der CO^2-Ausstoß in den Industrieländern des Nordens, der als historische Last die

globale Erwärmung verursacht – ebenso wie die stark ansteigenden Emissionen in den Schwellenländern. Die Auswirkungen sind jedoch nicht auf die Herkunftsländer beschränkt, sondern vielmehr in den unterschiedlichen Weltregionen spürbar – wenngleich in höchst unterschiedlichem Ausmaß und meist mit dramatischeren Folgen in den Ländern des Südens.

Schließlich der sich ausweitende Krieg und die Flüchtlingsbewegungen. Es ist zwar seit langem bekannt, dass gegenwärtig so viele Menschen auf der Flucht sind, wie seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Gründe hierfür sind die sich ausweitenden Kriege im Nahen und Mittleren Osten und die bereits angesprochenen Krisen. Erst mit der Ankunft der Flüchtlinge an den Bahnhöfen in Budapest, Wien und München im Herbst 2015 ist diese humanitäre Krise jedoch in Europa „angekommen" und fordert die Regierungen und die Bevölkerung Europas heraus, Verantwortung zu übernehmen.

Autoritäre Lösungsansätze

Seit Beginn der derzeitigen Vielfachkrise lässt sich beobachten, dass Regierungen zunehmend mit autoritären Lösungsansätzen auf die Krisen reagieren: Der Ankunft von Flüchtlingen wurde mit einer Errichtung von Grenzzäunen und mit abgeschotteten Auffanglagern begegnet. Berüchtigt war der Vorschlag aus den Reihen der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) in der Bundesrepublik Deutschland, an den Grenzen auch von Schusswaffen Gebrauch zu machen, um Flüchtlinge abzuhalten.

Sehr deutlich – und im Zusammenhang der Frage nach Demokratie vielsagend – war die Reaktion auf die Schuldenkrise in Griechenland. Um die Insolvenz von Banken und einen Staatsbankrott Griechenlands abzuwenden, wurden von der Troika bestehend aus dem Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission große Summen mobilisiert und als Darlehen an den griechischen Staat vergeben. Weiters wurden in Griechenland strukturelle Reformen umgesetzt, die den Staatshaushalt konsolidieren sollten. Dieses Paket von Austeritätsmaßnahmen umfasste eine Erhöhung von Verbrauchssteuern und weitreichende Einschnitte bei den Ausgaben für die öffentliche Daseinsvorsorge. Im April 2013 berichtete das Magazin der Süddeutschen Zeitung in einem Feature über die Auswirkungen dieser Politik auf das Gesundheitssystem Griechenlands und dokumentierte, dass selbst basale lebensrettende Behandlungen nicht mehr gewährleistet werden können.

„Fast jedes Sparpaket, das in den vergangenen Jahren im griechischen Parlament beschlossen wurde, beschnitt die Ausgaben im Gesundheitsressort. In Brüssel, Frankfurt und Washington wird das als Erfolg der Sparbemühungen gefeiert. In Griechenland stürzt es die Bevölkerung in tiefe Not". (SZ, April 2013)

Diese politischen Maßnahmen, von denen das Magazin schreibt, sie seien im griechischen Parlament beschlossen worden, wurden jedoch nicht auf demokratischem Wege ausgehandelt, sondern vielmehr als Auflage von den Kreditgebern – der Troika – diktiert. Demokratische Prozesse in Griechenland selbst, die über die Strategie der Krisenbearbeitung entscheiden sollten, wurden zu verschiedenen Anlässen gestoppt oder ausgehebelt, und zwar in einer Art, die in Europa bisher unbekannt war. Als Ende 2011 die ersten Kredite an Griechenland gezahlt werden sollten und die griechische Regierung sich den massiven Sparauflagen ausgesetzt sah, die die Troika mit den Krediten verband, kündigte der damalige Ministerpräsident Giorgios Papandreou ein Referendum über die Rettungsmaßnahmen an. Nur wenige Stunden nach der Ankündigung wurde das Referendum jedoch auf Druck der Troika abgesagt. Noch dramatischer verlief der Prozess im Juli 2015, als der neu gewählte Ministerpräsident Alexis Tsipras ein Referendum über die

Weiterführung der Sparmaßnahmen abhalten ließ. Mit einer deutlichen Mehrheit von 61,3% sprachen sich die Wahlberechtigten gegen eine Weiterführung aus. Wenige Tage später knickte Tsipras jedoch unter dem Druck der Troika ein und setzte genau die Sparauflagen um, gegen die sich die Bevölkerung ausgesprochen hatte.

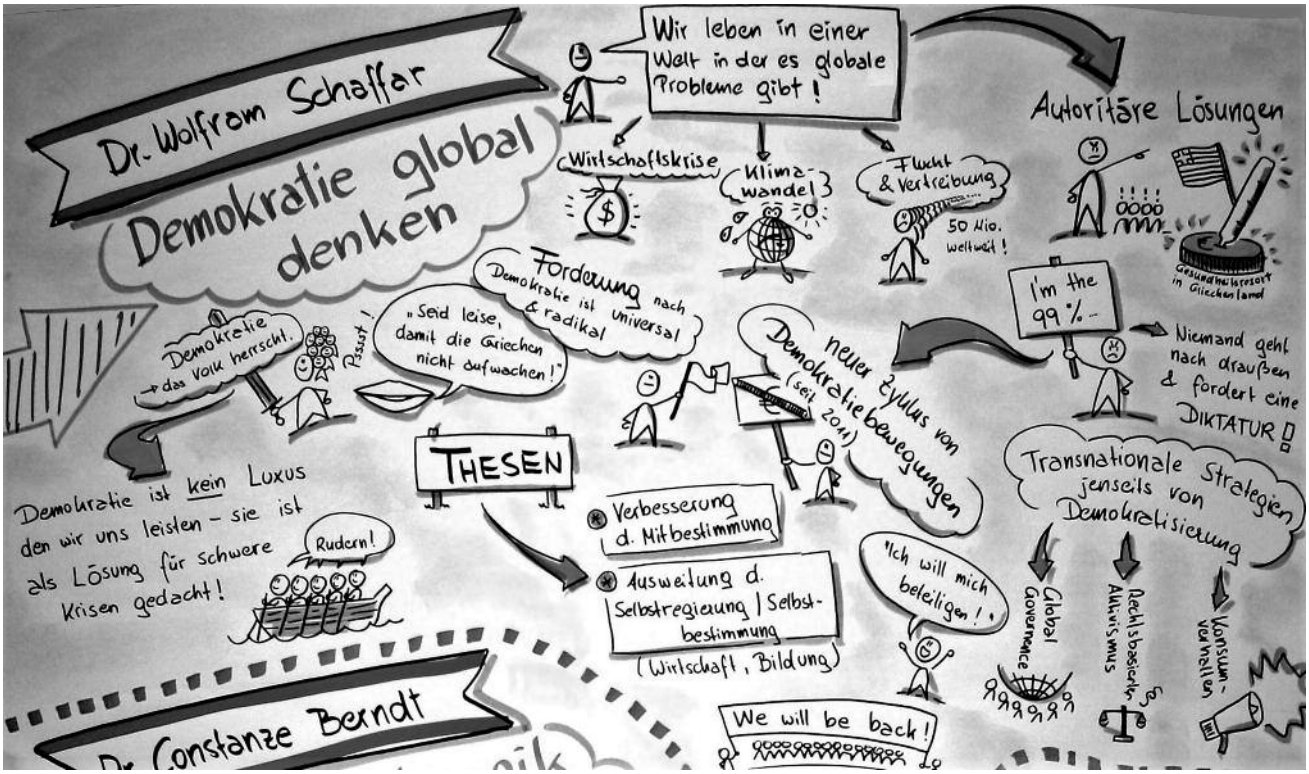
Dass es sich hier nicht um Beispiele von schlechter Regierungsführung in Griechenland handelt, belegt eine Aussage von Jean-Claude Juncker im Juli 2011. In seiner damaligen Funktion als Chef der Euro-Gruppe sagte er der Financial Times in einem Interview: „Es ist wahr, die Souveränität der Griechen wird massiv eingeschränkt", (Financial Times, 3. Juli 2011). Die Ent-Demokratisierung der politischen Entscheidungsprozesse und die autoritäre Umsetzung der Austeritätspolitik, die als alternativlos bezeichnet wurde, war geplant und offen angekündigt (vgl. Oberndorfer 2012).

Neue Demokratiebewegungen

Parallel zu dieser Hinwendung zum Autoritarismus sind in den vergangenen Jahren in verschiedenen Ländern und Regionen der Welt soziale Bewegungen entstanden, die Demokratie fordern – eine Welle, die einen neuen Zyklus von sozialer Mobilisierung darstellt. Prominente Beispiele sind die Occupy-Bewegung in New York im Oktober 2011 mit ihrem zentralen Schlagwort: „We are the 99%", – eine neue Formulierung des altbekannten Protestrufs: „Wir sind das Volk (das im politischen System nicht repräsentiert wird)". In Reaktion auf die Bankenskandale und Sparmaßnahmen der Regierung forderten irische DemonstrantInnen „Real Democracy Now!". In Spanien skandierten die DemonstrantInnen der Bewegung des 15. Mai 2011 „¡democracia real ya!" (Wahre Demokratie jetzt!) (Lorey 2014). Ebenfalls Teil dieser Welle waren die Bewegungen des Arabischen Frühlings, die 2011 in Tunesien begannen und sich nach Ägypten, Libyen und andere Länder der Region ausbreiteten. Auch hier stand die Forderung nach Demokratie im Mittelpunkt. Bewegungen in Thailand, wie die der Rothemden, die im Frühjahr 2010 Neuwahlen und „Respektiere meine Stimme!" forderten, oder die Regenschirm-Bewegung, die 2014 einige Wochen die Innenstadt von Hong Kong besetzten und ein „wirkliches allgemeines Wahlrecht" verlangte, deuten in die gleiche Richtung.

Um die Relevanz dieser neuen Welle von sozialer Mobilisierung einschätzen zu können, muss man sich in Erinnerung rufen, vor welchem Hintergrund sie stattfand: In der Politikwissenschaft galt eine Auseinandersetzung mit Demokratie bis 2010 als Randthema. Für die Länder des Nordens ging man davon aus, dass die demokratischen Systeme konsolidiert sind. Wenn überhaupt, dann wurde Demokratie über Spezialfragen wie die Auflösung von sozialen Milieus und die Erosion von Volksparteien behandelt. Für die Arabische Welt schien Demokratie als Forschungsthema nicht relevant. Die autoritären Regime erschienen als so stark, dass es näher lag, über die vermeintlich kulturellen oder religiösen Grundlagen des Autoritarismus zu forschen. Umso mehr wirkte der Arabische Frühling wie ein Paukenschlag: Gerade in dem Teil der Welt, in dem Forderungen nach Demokratie am wenigsten erwartet wurden, und an dessen Beispiel man darüber nachdachte, ob Demokratie nicht vielleicht ein partikulares, nur im Westen praktizierbares Regierungssystem ist, – gerade hier entstanden die massivsten Demokratiebewegungen und fegten mehrere autoritäre Machthaber aus dem Amt.

Innerhalb Europas überraschte das Aufkommen der spanischen Bewegung des 15. Mai in gleicher Weise: Spanien litt unter der Finanz- und Wirtschaftskrise, die durch die harte Austeritätspolitik so weit verschlimmert wurde, dass Massenarbeitslosigkeit und die Vertreibung von Menschen aus ihren Wohnungen den Alltag bestimmten. Am Vorabend der Demonstrationen im Mai 2011 diagnostizierten jedoch viele GewerkschaftlerInnen und etablierte BewegungsaktivistInnen, dass die Bevölkerung weitgehend apathisch sei. Um so überraschter waren Analysten von der Wucht und dem Durchhaltevermögen, mit dem die meist jungen DemonstrantInnen des 15. Mai den zentralen Platz in Madrid, der Puerta del Sol für mehrere Wochen belagerten und nicht nur ihre zentrale Forderung nach „Real Democratie Ya!" sondern mit dem Ruf „Que se vayan todos" (Alle müssen gehen!) auch die Forderung nach einem ganz anderen demokrati-



schen System artikulierten (Lorey 2014, Demirović 2014). Den revolutionären Forderungen der Bewegungen des Arabischen Frühlings standen diese Forderungen um nichts nach.

Universalität von Demokratie und Menschenrechten

Die neuen Demokratiebewegungen verbindet die Allgemeinheit und die Radikalität ihrer Forderungen. Von den Bewegungen des arabischen Raums wurde in bemerkenswerter Klarheit bestätigt, dass Demokratie universell ist und dass Freiheit und Selbstbestimmung über Religions- und Kulturgrenzen hinweg gefordert werden. Dadurch werden wir auch daran erinnert, dass Menschenrechte allen Demokratiebewegungen als Referenzpunkt gedient haben und noch heute als Orientierung dienen. Angefangen mit der Französischen Revolution von 1789, mit der die Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit/Solidarität ausgerufen wurden, über die Revolution von Haiti von 1791, in der sich unter Anrufung der gleichen Prinzipien die schwarzen Sklaven erhoben und den ersten unabhängigen Staat Amerikas gründeten, bis hin zu den gegenwärtigen Demokratiebewegungen. Gegenwärtig nutzen die thailändischen sozialen Bewegungen den Tag der Menschenrechte im Dezember jeden Jahres, um sich zu organisieren und gegen das Militärregime zu mobilisieren, das seit dem Putsch von 2010 alle politische Opposition unterdrückt. Eine ähnliche Strategie verfolgen Bewegungen in Griechenland, wenn sie auf das Recht auf medizinische Behandlung verweisen und die Auswirkungen der Austeritätsprogramme als Menschenrechtsverletzung anprangern. Vielen Menschen bleibt jedoch der Appell an ihre unveräußerlichen Menschenrechte verwehrt. Unter dem Eindruck des Schicksals der Staatenlosen im und nach dem Zweiten Weltkrieg formulierte schon Hannah Arendt mit ihrem berühmten Wort vom „Recht, Rechte zu haben" den Gedanken, dass viele Menschen sich faktisch gar nicht auf Menschenrechte beziehen können, da sie als Flüchtlinge keinen Status als schützenswerte BürgerInnen genießen. Angesichts der größten Zahl von Flüchtlingen seit dem Zweiten Weltkrieg erfährt diese Analyse eine neue Aktualität.

Zum Vergleich: die Globalisierungskritische und die Klimabewegung

Die neuen Demokratiebewegungen sind in Reaktion auf die Vielfachkrise und auf die autoritäre Politik der Krisenbewältigung entstanden. Es stellt sich daher die Frage, in wie weit diese Bewegungen zur Überwindung der Krise beitragen können.

Einzelne Themen, die sich in der gegenwärtigen Krise verdichtet haben, wurden bereits von früheren Bewegungen aufgegriffen. Die Globalisierungskritische Bewegung, die ihren Höhepunkt zwischen 1998 und 2005 fand (Waterman 2001, 2004), thematisierte die negativen Effekte des Welthandels und der neoliberalen Globalisierung als Hauptthema. Anknüpfungspunkt waren der Internationale Währungsfonds, die Welthandelsorganisation und die sozialen und wirt-

„Auch wenn das Bekenntnis zu Demokratie als einzig legitimer Regierungsform unumstritten ist, wird Demokratie oft als Luxus gesehen, den wir uns dann leisten können, wenn wir keine anderen Probleme haben."

von Wolfram Schaffar

schaftlichen Verwerfungen, die die Politik dieser Organisationen erzeugten. Konsequenterweise reichten Forderungen von der reformistischen Idee einer Kapitaltransaktionssteuer – *Tobin Tax* – bis zu radikaleren Forderungen nach wirtschaftlicher De-Globalisierung oder nach der Abschaffung der WTO (Bello 2005). Demokratie und demokratische Legitimation wurden auch thematisiert, jedoch nur als ein Nebenthema: Die sogenannten *Green-Room*-Verhandlungen – bilaterale Treffen hinter verschlossenen Türen zwischen RepräsentantInnen einflussreicher Industriestaaten des Nordens und ausgewählten VertreterInnen des Südens – wurden als illegitime Strategie, die Interessen der Industriestaaten durchzusetzen, skandalisiert. Diese Praktiken dienten als Beleg, dass die WTO undemokratisch und illegitim sei – trotz ihrer formell konsensorientierten Entscheidungsprozesse und ihres Prinzips, dass jedes Land über genau eine Stimme verfügt. Abgesehen von der Kritik an der WTO brachte die Globalisierungskritische Bewegung jedoch keine Forderungen nach Demokratie in derselben Allgemeinheit vor, wie die heutigen neuen Demokratiebewegungen.

Das gleiche gilt für die Klimabewegung, die einen Mobilisierungshöhepunkt zum Klimagipfel in Kopenhagen 2009 und in Paris 2015 erlebte. Gruppen, die außerhalb der Tagungsräume protestierten, kritisierten die Machtstrukturen innerhalb der *Conference of Parties* (COP), des *United Nations Framework Convention on Climate Change* (UNFCCC) und des Kyoto-Protokolls. Sie stellten die Legitimation der Institutionen in Frage – besonders, da diese keine zielführenden Beschlüsse fassen konnten, wie der CO2-Ausstoß wirksam reduziert und eine Klimakatastrophe abgewendet werden könnte. Über die Kritik am UNFCCC hinaus wurden jedoch keine generellen Forderungen nach Demokratie vorgebracht.

Transnationale Organisationsformen

Auch wenn die Globalisierungskritische Bewegung keine generellen Forderungen nach Demokratie aufstellte, so zeichnete sie sich – im Gegensatz zu den neuen Demokratiebewegungen – dadurch aus, dass sie transnational organisiert war. BeobachterInnen

haben herausgestellt, dass eine große Errungenschaft dieser Bewegung war, die lange vorherrschende Spaltung zwischen Nord und Süd überwunden zu haben. Hier wurden zum ersten Mal von Menschen über verschiedene Kontinente hinweg die gleichen Themen aufgegriffen: Angesichts der Verschärfung von Patentschutzbestimmungen demonstrierten PatientInnen-Bewegungen aus dem Norden und aus dem Süden für Zugang zu Medikamenten. LandwirtInnen und Kleinbauern/-bäuerinnen aus dem Norden und aus dem Süden forderten Zugang zu und Kontrolle über ihr Saatgut. Das Konzept „Globaler Süden" an sich verweist auf den transnationalen Charakter der Problematik: Globalisierung wurde als Prozess analysiert, der zu einer Re-Skalierung globaler Probleme jenseits von nationalstaatlichen Grenzen führte. Probleme, die einst als typisch für Entwicklungsländer des Südens galten, traten vermehrt auch im entwickelten Norden auf. Auf der anderen Seite entstanden „Inseln des Nordens" im Süden. Global Cities wie Singapur oder Mumbai spielten und spielen eine wichtige Rolle im globalisierten Kapitalismus. Das Leben der dort entstandenen Mittelschichten unterscheidet sich kaum von dem in den Metropolen des Nordens. Da die Globalisierungskritische Bewegung soziale Fragen sowohl im Süden als auch im Norden ansprach, wurde sie als „Globalisierung von Unten" charakterisiert (Portes 1997).

Transnationale Nichtregierungsorganisationen (NGOs), wie *Focus on the Global South* mit internationalen MitarbeiterInnen und Büros in Bangkok, Manila und Neu Delhi, oder das *Transnational Institute* in Amsterdam waren entscheidend für das Netzwerk. Die Ausbreitung des Internets eröffnete neue Möglichkeiten des Informationsaustausches und der Mobilisierung (Keck and Sikkink 1998, Tarrow 2005). Massendemonstrationen gegen die WTO-Konferenzen in Seattle 1999, Cancún 2003 und Hong Kong 2005 zeigten die Macht dieser transnationalen Mobilisierung: Bewegungsorganisationen, NGOs und AktivistInnen kamen über Grenzen und Kontinente hinweg zusammen – unabhängig davon, wo die WTO-Konferenz abgehalten wurde. Darüber hinaus wurden Alternativen zur neo-liberalen Globalisierung auf Weltsozialforen diskutiert, die ebenso transnational organisiert waren (Waterman 2004).

Die Klimabewegung kann ähnlich charakterisiert werden. Auch hier zeigten die Themen und die Organisationsform einen transnationalen Charakter. CO^2-Ausstoß im Norden wie auch im Süden sind für die globale Erwärmung verantwortlich - wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Effekte des Klimawandels sind überall auf dem Planeten spürbar, ungeachtet nationaler Grenzen. Konsequenterweise brachte die Klimabewegung engagierte und betroffene Menschen aus dem Norden und dem Süden zusammen, und konstituierte eine, wie Godman es nennt genuin transnationale Bewegung (Godman 2009). Viele der transnationalen Muster der Klimabewegung wurden direkt von der Globalsierungskritischen Bewegung übernommen. Die gleichen Bewegungsorganisationen und die gleichen internet-basierten Kommunikationswege boten die Basis hierfür.

Die neuen Demokratiebewegungen zeigen (noch) keine vergleichbare transnationale Organisationsstruktur. Keine der früher zentralen transnationalen Bewegungsorganisationen wie *Focus on the Global South* oder das *Transantional Institute* ist hier an zentraler Stelle aktiv. Ebenso fehlt den neuen Demokratiebewegungen ein gemeinsamer Anknüpfungspunkt, zu dem sie mobilisieren können. Für die Globalisierungskritische Bewegung boten die WTO-Konferenzen einen gemeinsamen Referenzpunkt, da hier die neo-liberalen Regeln des Welthandels an zentraler Stelle weiter entwickelt wurden. Die Bewegungen, die mit dem Ruf nach wirklicher Demokratie antreten, kennen keinen „gemeinsamen Feind". Der Referenzpunkt der ägyptischen Bewegungen waren Hosni Mubarak als Präsident und Repräsentant des ägyptischen Militärs und Mohammad Morsi als Repräsentant der ebenso autoritären ägyptischen Moslembrüder. Der ägyptische Nationalstaat ist der Rahmen, innerhalb dessen der Autoritarismus angegriffen wurde und Alternativen verhandelt wurden – trotz der Tatsache, dass die Bewegungen in Tunesien mit den gleichen Problemen kämpften und trotz der Tatsache, dass die Entwicklungen in Ägypten weitreichende Auswirkungen auf die gesamte Region hatten.

Die Occupy-Bewegung hatte etwas von dem transnationalen Charakter der früheren Bewegungen geerbt. Aber trotzdem Occupy und die spanische 15.Mai-Be-

wegung vom Arabischen Frühling inspiriert waren, hatten die AkteurInnen weit weniger Kontakt zueinander als die transnational agierenden Bewegungsorganisationen der Globalsierungskritischen oder der Klimabewegung. Das gleiche gilt für die Rothemden-Bewegung in Thailand im Frühjahr 2010 und die Regenschirm-Bewegung in HongKong 2014: beide Bewegungen agierten komplett isoliert von den Demokratiebewegungen anderer asiatischer Länder oder anderer Weltregionen. Es scheint so zu sein, dass die Forderungen der neuen Demokratiebewegungen zwar allgemein und radikal formuliert wurden – ihr Referenzrahmen blieb jedoch der jeweilige Nationalstaat.

Strategien und Forderungen der neuen Demokratiebewegungen

Die Forderungen der Globalisierungskritischen Bewegung waren divers, aber konkret: Je nach dem, wie radikal sich eine Gruppe verortete, rangierten die Forderungen zwischen der Einführung einer Kapitaltransaktionssteuer bis hin zu ökonomischer De-Globalisierung oder einer Auflösung der WTO. Alle diese Forderungen hatten eine transnationale Reichweite. Verglichen zu diesen Forderungen sind die Ideen der neuen Demokratiebewegungen relativ unkonkret und bezogen auf den Nationalstaat. Obwohl das Bewusstsein von Menschenrechten eine zentrale Rolle für die Bewegungen spielt, beziehen sich die Gruppen und Bewegungen stark auf genau die unterschiedlichen lokalen Institutionen der Länder, in denen sie operieren. Folglich unterscheiden sich die Kämpfe um Demokratie sehr stark von Land zu Land und bringen sehr unterschiedliche Strategien hervor. Es fehlt ein transnationales konkretes Projekt.

Die spanische 15.Mai-Bewegung von 2011 forderte die Abdankung des gesamten politischen Establishments und hatte zum Ziel, die Institutionen der repräsentativen Demokratie durch nicht-hierarchische, lokale Entscheidungsstrukturen zu ersetzen. Die thailändische Rothemden-Bewegung protestierte gegen die fortwährende Einmischung des Militärs und der königlich-konservativen Eliten in die Politik. Sie versuchte, das von ihr als semi-feudal bezeichnete System zu überwinden – aber als Strategie hierfür diente genau der Ruf nach Wahlen innerhalb eines Systems repräsentativer Demokratie. Die Strategie der Hongkonger Regenschirm-Bewegung von 2014 war noch bescheidener: Die DemonstrantInnen bezogen sich auf Grundrechte wie Redefreiheit, Versammlungsfreiheit und Selbstbestimmung und sie praktizierten diese Rechte in den Protestlagern im Zentrum Hong Kongs. Ihre zentrale Forderung war die nach einem allgemeinen Wahlrecht, um eine demokratische Wahl des nächsten Stadtgouverneurs zu erreichen und nicht auf eine von Peking getroffene Vorauswahl beschränkt zu werden. Der politische Bewegungsspielraum HongKongs als Teil Chinas ist jedoch gering - und trotz der Moderatheit reagierte die chinesische Zentralregierung mit einer Niederschlagung der Bewegung.

Nuevo Constitucionalismo – ein konkretes transnationales Demokratieprojekt

Anders als bei den neuen Demokratiebewegungen lässt sich in den Ländern Lateinamerikas ein konkretes, transnationales Demokratieprojekt erkennen – die neuen Verfassungen in Venezuela, Bolivien und Ecuador. Diese Verfassungsreformen, *nuevo constitucionalismo*, sind das Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe von sozialen, meist indigenen Bewegungen um Teilhabe am politischen Prozess, gegen neoliberale Wirtschaftspolitik und für Demokratie. Im Zuge ihrer Mobilisierung formten die sozialen Bewegungen politische Allianzen, unterstützten Gewerkschaften und Parteien, und es gelang ihnen, über Wahlen die politische Macht zu übernehmen. Evo Morales, der erste indigene Präsident Bolivens, stieß nach seinem Wahlsieg 2005 eine Verfassungsreform an, die eine „Neugründung Boliviens“ (Refondación de Bolivia) und eine fundamentale Demokratisierung leisten sollte. Ebenso nahm Raffael Correa in Ecuador in Anspruch, mit der Verfassungsreform 2008 über 500 Jahre Kolonialismus zu beenden. Zahlreiche kreative und visionäre rechtliche und politische Ideen wurden in die Verfassungen aufgenommen, und die Erwartungen an diese Projekte waren hoch. Viele Hoffnungen des lateinamerikanischen *nuevo constitucionalismo* wurden enttäuscht – besonders die Hoffnung

auf ein radikal anderes Wirtschaftssystem wurde nicht erfüllt, als mehr und mehr Regierungen sich auf den Abbau von Rohstoffen verließen, um Sozialprogramme zu finanzieren, und damit die in den Verfassungen angelegte Politik einer sozial-ökologischen Transformation aufgaben. Mit dem Verfall der Rohstoffpreise gerieten die Regierungen zunehmend unter Druck und in einigen Ländern beobachten wir eine Restauration der alten Eliten.
Die Welle des *nuevo constitutcionalismo* zeigte jedoch transnationale Elemente. Obgleich alle Verfassungen von nationalen verfassungsgebenden Versammlungen entworfen wurden, wurden die Reformprozesse von einem transnational agierenden Netzwerk von Rechts-ExpertInnen und RechtsaktivistInnen unterstützt und vorangetrieben. Dabei kam es zu einem regen Austausch zwischen den verfassungsgebenden Versammlungen. Die Ideen des *nuevo constitucionalismo* sind jüngst auch in Ländern außerhalb Lateinamerikas angekommen. Unter dem Eindruck der sich vertiefenden ökonomischen Krise in Europa und im Zuge der Proteste des 15. Mai wurde die Idee einer verfassungsgebenden Versammlung von AktivistInnen in Spanien aufgegriffen. Es bleibt jedoch abzuwarten, in wie weit ein solcher Vorschlag tatsächlich die Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung Europas findet. Innerhalb Europas weckt die Idee der Verfassungsreform Erinnerungen an den höchst umstrittenen Prozess von 2001 und 2005, als der Europäische Konvent den *Treaty establishing a Constitution for Europe*, oder kurz – die Europäische Verfassung – entwarf. Soziale Bewegungen, einschließlich der europäischen Ableger der Globalisierungskritischen Bewegung kritisierten den Vertrag als undemokratisches Dokument, das eine neo-liberale Politik festschreibe. Nach der Ablehnung des Verfassungstextes 2005 in Frankreich und den Niederlanden wurde der Text als Vertrag von Lissabon umgeschrieben und trotz der Ablehnung in einem weiteren Referendum in Irland 2008 ohne weitere öffentliche Verhandlung verabschiedet. Vor diesem Hintergrund verbinden soziale Bewegungen in Europa die Idee eines europäischen Konstitutionalismus mit einem undemokratischen und von Interessen der wirtschaftlichen und politischen Eliten unterwanderten Prozess. Wenige würden sich von einem solchen Prozess einen fundamentalen demokratischen Wandel versprechen.

Anstatt zu fragen „Wie viel Demokratie verträgt die Welt?“ müssten wir fragen: „Können wir es uns leisten, auf Demokratie zu verzichten?“ oder „Wie viel Autoritarismus verträgt die Welt – angesichts der sich entfaltenden Vielfachkrise?“

von Wolfram Schaffar

Ein transnationales Demokratieprojekt

Doch was wäre ein transnationales Demokratieprojekt? Wie sähe eine Forderung nach Demokratie aus, die den globalen Herausforderungen genügt? Zunächst: Demokratie ist schwierig zu definieren. AutorInnen von Lehrbüchern ziehen sich daher oft auf etymologische Herleitungen zurück und weisen darauf hin, dass Demokratie vom griechischen demos (Volk) und kratein (Herrschaft) kommt und Herrschaft des Volkes bedeutet. Ebenfalls populär ist die knappe Definition von Abraham Lincoln, der Demokratie als „Government of the people, by the people, for the people" bezeichnet hat. AutorInnen wie Alex Demirović und Bettina Lösch stellen dagegen den prozesshaften Charakter von Demokratie heraus und sprechen von der Selbstregierung und (Wieder-)Aneignung der Politik, des Abbaus von Herrschafts-, Ausgrenzungs- und Unterdrückungsverhältnissen (Demirović 1997; Lösch 2012).

Auch wenn das Bekenntnis zu Demokratie als einzig legitimer Regierungsform unumstritten ist, wird Demokratie oft als Luxus gesehen, den wir uns nur dann leisten können, wenn wir keine anderen Probleme haben. In Krisenzeiten – so die landläufige Meinung, können wir uns keine langen Debatten im Parlament leisten. Dann sollen ExpertInnenregierungen die Macht übernehmen und pragmatische Entscheidungen treffen. Die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Angela Merkel, ging noch einen Schritt weiter und forderte, dass in Zeiten der Wirtschaftskrise die europäischen parlamentarischen Demokratien zu marktkonformen Demokratien umgestaltet werden müssten (Bundesregierung 2011).

Diese Sichtweise verkennt den Charakter der Demokratie und ihren eigentlichen Ursprung. In Athen im antiken Griechenland, auf das sich viele DemokratietheoretikerInnen bis heute beziehen, weil es sich um die älteste und die am längsten andauernde Demokratie der Welt handelte, entstand das System gerade nicht in Zeiten von Prosperität. Im Gegenteil, die Volksherrschaft setzte sich als Reaktion auf eine existenzielle militärische Bedrohung durch. Das Erstarken der Spartaner, die militärischen Auseinandersetzungen mit den anderen Stadtstaaten und die Kriege mit den Persern boten den Hintergrund für Reformer wie Solon und Kleistenes, die Herrschaft der Adelsgeschlechter abzuschaffen und durch eine institutionell abgesicherte Mitverantwortlichkeit der Bürger für das Gemeinwesen zu ersetzen. Dadurch gelang es, dass selbst die Ruderer, die zwar zu den unteren sozialen Schichten gehärten, die jedoch für die militärischen Operationen der Athener überlebenswichtig waren, in politische Entscheidungen mit einbezogen werden konnten und sich der Polisgemeinschaft loyal fühlten. Kurz: Demokratie war in Athen kein Luxus, sondern eine Lösungsstrategie für eine existenzielle Krise.

Vor diesem Hintergrund erscheint das Motto der Tagung „Globales Lernen" irreführend. Anstatt zu fragen: „Wieviel Demokratie verträgt die Welt?" müssten wir fragen: „Können wir es uns leisten, auf Demokratie zu verzichten?" oder: „Wieviel Autoritarismus verträgt die Welt – angesichts der sich entfaltenden Vielfachkrise?".
Wenn wir den prozesshaften Charakter von Demokratie ernst nehmen, und wenn wir ernst nehmen, dass Demokratie der Schlüssel zur Bearbeitung von Krisen ist, dann muss ein Demokratisierungsprozess genau an der Krise ansetzen und Schritte zu einer Vertiefung und zu einer Ausweitung der Selbstregierung nehmen. Neben der Wiederaneignung der Politik durch verbesserte Mitbestimmung, geht es auch darum, Bereiche zu demokratisieren, in denen wir es

uns leisten, hierarchische und undemokratische Entscheidungsstrukturen zu akzeptieren. Die meisten Bildungsinstitutionen – Schulen und Universitäten – kennen nur bruchstückhafte Formen der demokratischen Mitbestimmung. Ebenso sind Banken oder Wirtschaftsbetriebe von demokratischer Kontrolle weitgehend ausgenommen. Angesichts der zentralen Rolle, die Banken und Konzerne in der gegenwärtigen Krise spielen, ist das fahrlässig. Die demokratischen Institutionen, die wir kennen, sind nur für Menschen mit einer bestimmten Staatsangehörigkeit zugänglich. Angesichts der weltweiten Migrationsbewegungen ein unhaltbarer Zustand.

Die Forderung nach Demokratie ist weltweit wahrnehmbar: Als Reaktion auf die Vielfachkrise und auf die autoritären Krisenpolitiken der Regierungen entstanden weltweit neue Demokratiebewegungen. Die Forderungen dieser Bewegungen sind allgemein und radikal. Allerdings sind die Bewegungen nur geringfügig transnational vernetzt und sie beziehen sich auf die institutionellen Rahmen ihrer jeweiligen Länder. Es fehlt ein transnationales Demokratieprojekt, als adäquate Reaktion auf die transnationale Vielfachkrise. Die Erfahrungen früherer Bewegungen - wie die der Globalisierungskritischen Bewegung und der Klimabewegung - bieten Anknüpfungspunkte für ein solches Projekt.

Die meisten der neuen Demokratiebewegungen waren bisher nicht erfolgreich und wurden schnell und oft mit Gewalt zurückgedrängt. Der Entwurf eines transnationalen Demokratieprojekts stellt daher eine große Herausforderung dar. Es gibt jedoch keine Alternative.

LITERATUR

Bello, Walden (2005): Deglobalization: Ideas for a New World Economy. London: Zed Books.

Lösch, Bettina (2012): Demokratie. in: Brand, Ulrich; Bettina Lösch und Stefan Thimmel (Hrsg.): ABC der Alternativen. Hamburg: VSA-Verlag.

Bundesregierung (2011): Mitschrift Pressekonferenz, Pressestatements von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Ministerpräsidenten der Republik Portugal, Pedro Passos Coelho in Berlin, 1. September 2011, https://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Mitschrift/Pressekonferenzen/2011/09/2011-09-01-merkel-coelho.html

Demirović, Alex (1997): Demokratie und Herrschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Demirović, Alex; Julia Dück; Florian Becker und Pauline Bader (Hrsg.) (2011): VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA-Verlag.

Demirović, Alex (2014): Ein neues Projekt der Demokratisierung. in: Luxemburg. Gesell-schaftanalyse und Kritik 3:2014, 152-155.

Goodman, James (2009): "From Global Justice to Climate Justice? Justice Ecologism in an Era of Global Warming" New Political Science 31:4, 499-514.

Keck, Margaret and Kathryn Sikkink (1998): Activists beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics. Ithaca: Cornell University Press.

Lösch, Bettina und Andreas Thimmel (Hrsg.) (2010): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Wochenschau-Verlag.

Lorey, Isabell (2014): Von liberaler Herrschaftssicherung zur präsentischen Demokratie. in: Luxemburg. Gesellschaftanalyse und Kritik 3:2014, 146-151.

Oberndorfer, Lukas (2012): Vom neuen zum autoritären Konstitutionalismus. Soziale Bewe-gungen, Recht und Demokratie in der europäischen Krise. Kurswechsel, 2/2012, 62-67.

Portes, Alejandro (1997): Globalization from Below: The Rise of Transnational Communities. Princeton University: WPTC-98-01

Tarrow, Sidney (2005): The New Transnational Activism. Cambridge: Cambridge University Press.

Waterman, Peter (2004): The Global Justice & Solidarity Movement & and the WSF: A Back-grounder. In: World Social Forum: Challenging Empires, ed. By Jai Sen u.a.. New Delhi, 55-63.

Waterman, Peter (2001): Globalization, Social Movements and the New Internationalisms. London: Continuum.

Constanze Berndt

Demokratiepädagogik und Globales Lernen

Perspektiven & Potenziale

Dr.in Constanze Berndt ist Diplompädagogin und Erziehungswissenschaftlerin. Von 2002 - 2004 arbeitete sie als Bildungsreferentin für Globales Lernen, Nach dem Promotionsstudium der Erziehungswissenschaft kam sie an die Universität Rostock, Seit 2011 ist sie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl „Erziehungswissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Schulpädagogik und empirischen Bildungsforschung“ an der Universität Rostock.

Demokratie, so möchte man meinen, hat in den vergangenen Jahren nicht an Bedeutung verloren. So skandieren Menschen in Deutschland, die sich als „besorgte Bürger des Abendlandes“ bezeichnen, seit über einem Jahr in regelmäßigem Gleichklang „Wir sind das Volk“ gegen die etablierte Politik und eine offene Gesellschaft. Damit beanspruchen sie im Sinne einer deliberativen Demokratie zu agieren. Dieser scheinbaren Demokratiebegeisterung, sich selbst und seine Anliegen im öffentlichen Raum zur Sprache bringen zu können, ist jedoch ihr Gegenstand abhanden gekommen. Die Rede über die Demokratie im öffentlichen, politischen Raum ist inhaltsleer und damit gefährlich geworden, da hier Deutschtümelei mit Demokratie verwechselt wird. Die Artikulationen von Pegida, der AfD, Teilen der FPÖ usw. sind Symptome für eine durch nationalistische und völkische Floskeln genährte Entdemokratisierung und Entmoralisierung, wie sie in vielen Staaten Europas zu beobachten ist (vgl. u.a. Melzer/Serafin 2013). Scheitern die Idee eines geeinten Europas und die einer gerechtigkeitsorientierten Weltgemeinschaft an einem Vergessen der Wurzeln der Demokratie?
Ich möchte in meinem Vortrag den Begriff Demokratie inhaltlich füllen, fundieren und zur Pädagogik, insbesondere der Demokratiepädagogik und dem Globalen Lernen, ins Verhältnis setzen.

Demokratie ist eine universale Idee der Menschlichkeit

Von welcher Form der Demokratie spreche ich, wenn ich den Begriff verwende? Zunächst bezeichnet der Begriff eine Staats- und Regierungsform mit einer Verfassung, mit freien Wahlen und Gewaltenteilung, die zusammen allgemeine persönliche und politische Rechte garantieren. Damit wird der Rahmen geschaffen für eine Demokratie als Lebensform auf der Basis humanistischer und subjektiver Maxime. Spätestens seit der Aufklärung wird Demokratie mit – einerseits auf die Person und andererseits auf die Gesellschaft

bezogenen – humanistischen Maximen verbunden, etwa Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Toleranz. Beide Bereiche sind untrennbar miteinander verbunden.
Immanuel Kant, seinem Selbstverständnis nach kein Demokrat, hat jedoch Prinzipien entwickelt, auf denen theoretische Charakterisierungen von Demokratie fußen. Er spricht davon, dass Autonomie, Selbstdenken und Selbstbestimmung sowie Selbstgesetzgebung Grundlagen der menschlichen Würde sind. Wo Menschen zu bloßen Mitteln für Zwecke anderer werden, sie entmündigt und ihrer Freiheit beraubt werden, entzieht man ihnen ihr eigentliches Unterscheidungsmerkmal von allen anderen Lebewesen und d.h. ihr Menschsein. Demokratie und Würde in diesem umfassenden Sinn sind untrennbar. Sie bilden die Grundlage eines friedensfähigen und nach Gerechtigkeitsprinzipien eingerichteten Gemeinwesens. Im Grundgesetz der BRD lesen wir: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ (Deutscher Bundestag). Dieser erste Paragraph des deutschen Grundgesetzes ist ein Bekenntnis zur universalen Menschlichkeit, insofern nicht nur der deutsche Staatsbürger oder der in Deutschland Geborene bzw. Lebende, sondern der Mensch als Teil der Menschheit angesprochen ist.

Kosmopolitisch ist die Demokratie dann, wenn die Rechte aller Bürgerinnen und Bürger in allgemeinen Grund- und Menschenrechten garantiert und durchgesetzt werden. Föderal organisierte Bundesstaaten sind das Vorbild für eine kosmopolitische Demokratie, und ein föderalistisch aufgebautes Europa könnte hierfür als Modell dienen (Habermas 2012). Modelle globalen Regierens, globaler oder kosmopolitischer Demokratie sind (bislang) ideale Zukunftsentwürfe. Sie versuchen, politische Antworten auf die Herausforderungen der Ökonomie der Globalisierung, also der wirkenden komplexen Machtbeziehungen, die den Prozess der Globalisierung ermöglichen, zu geben. Nach zahlreichen Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, Politischen Philosophinnen und Philosophen sowie Vertreterinnen und Vertretern zahlreicher Nichtregierungsorganisationen und sozialer Netzwerke kann infolge der Zunahme an weltgesellschaftlicher Komplexität und im Hinblick auf die Qualität internationaler Konflikte Politik im engeren und im weiteren Sinn nur transnational gedacht werden.
Grundprämissen der Demokratie – soziale Gleichheit, partizipatorische, öffentliche Diskussionen und Toleranz gegenüber abweichenden Meinungen sind, wie der Wirtschaftswissenschaftler und Philosoph Amartya Sen (2010) hervorhebt, kein spezifisches Kulturprojekt des Westens. Auch Jürgen Habermas argumentiert, dass einschlägige Prinzipien wie Verteilungsgerechtigkeit und negative Pflichten wie die Unterlassung von Menschheitsverbrechen in allen großen Weltreligionen und den von ihnen geprägten Kulturräumen angelegt sind.

Demokratie basiert auf der Anerkennung universaler Menschenrechte

Konstitutiv für eine Demokratie sind also die Humanität und die Anerkennung des Menschen als Person und als Individuum. Demokratie basiert auf der Anerkennung universaler [1] menschlicher Grundbedürfnisse, die in Gestalt der Menschenrechte und der individuellen Verwirklichungschancen, etwa nach Amartya Sen und der Philosophin Martha Nussbaum, Ausdruck finden.
In den 1980er Jahren entwickelte Amartya Sen im Rahmen einer politisch und ökonomisch neu zu definierenden Armutsmessung den Capabilities Approach, der über eine bislang praktizierte monetäre Festschreibung wie das Pro-Kopf-Einkommen hinausgeht und sich eher an Lebensqualitäten orientiert: „Der Befähigungsansatz konzentriert sich auf das Menschenleben und nicht auf irgendwelche für sich stehenden zweckdienlichen Daten [...], Daten, die vor allem in wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchun-

gen häufig als Hauptkriterium für den Erfolg von Menschen gelten“ (Sen 2010, S. 261). In diesem Ansatz sind nicht verfügbare Güter an sich, sondern die Fähigkeit der realen Nutzung von Gütern der zentrale Punkt für eine Theorie der Gerechtigkeit. Sen arbeitet heraus, dass gleiche Ressourcen an Elementargütern je nach unterschiedlichen Voraussetzungen zu völlig unterschiedlichen Effekten führen, unterschiedliche Voraussetzungen an Gütern jedoch gleiche Resultate hervorbringen können. So benötigt ein gehbehinderter Mensch andere Elementargüter und Voraussetzungen (Mittel), diese zu nutzen, als ein nicht gehbehinderter Mensch. Und es macht einen Unterschied im Hinblick auf die individuelle Freiheit und alternative Handlungsmöglichkeiten, ob ein Model oder ein Bauer aus Bangladesch pro Tag lediglich eine Schale Reis verzehrt. Mittel sind all diejenigen Dinge, die als Voraussetzung zur Freiheit – hier verstanden als Möglichkeit, selbstbestimmt und vernunftgeleitet zu leben – dienen. Die Möglichkeit zur individuellen Umwandlung oder Transformation von Mitteln in Realitäten ist eine weitere zentrale Voraussetzung für Befähigungen (Capabilities) und individuelle Freiheit.
Nussbaum (u.a., 2001) hat in den vergangenen Jahren immer wieder leicht variierte Zusammenfassungen von Mindestbedingungen für die Gewährleistung von Capabilities zusammengetragen, die ein ‚gutes Leben‘ ermöglichen sollen. Diese Vorstellung des guten Lebens als Daseinszweck leitet Nussbaum aus der aristotelischen Ethik ab, in der die Eudaimonie (εὐδαιμονία) – das Glück – das Prinzip menschlichen

Lebens ist (wenngleich hier offen bleibt, inwiefern das Verständnis von Glück bei Aristoteles mit unserem alltagssprachlichen, heutigen Verständnis gleichgesetzt werden kann). Nussbaum erhebt mit ihrem ‚Katalog‘ den Anspruch, dass die von ihr zusammengetragenen Mindestbedingungen eines glücklichen Lebens einerseits erschöpfend und andererseits kulturübergreifend sind. Zu diesen Mindestbedingungen gehören basale körperliche Fähigkeiten, etwa die Fähigkeit, sein Leben vollständig in Gesundheit zu leben, basale kognitive Fähigkeiten, etwa zur Kontrolle der Umgebung und die Fähigkeit einer praktischen Vernunft zur Auffassung des Guten sowie basale emotionale und moralische Fähigkeiten wie Zugehörigkeit und die Fähigkeit, mit und für Andere zu leben. Diese Mindestbedingungen sind für Nussbaum die Voraussetzung für ein Leben in Menschenwürde. Sie bedürfen aus ihrer Sicht keiner weiteren Begründung, sondern sind in ihrem Gesamt ein nicht verhandelbares Axiom.

Demokratiepädagogik ist transnational bzw. global orientiert.

Ein auf humanitäre Maximen und der Anerkennung menschlicher Grundbedürfnisse beruhendes Verständnis von Demokratie findet seine pädagogische Entsprechung in inhaltlich weiten Konzeptualisierungen der Demokratiepädagogik, die über den ‚klassischen Kern‘, etwa beteiligungspädagogischer Ansätze wie Schülerparlamente und Klassenräte, hinausgehen. Die Demokratiepädagogik weist damit gemeinsame Schnittmengen mit anderen Teildisziplinen der Pädagogik, bspw. der Menschenrechts- und der Friedenspädagogik, auf.
Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die von allen Mitgliedern gelernt werden muss. Demokratie als Lebensform erfordert eine politische Bildung – nicht abschließend, so als könnte man sich einen gesicherten Regelbestand anlegen, der für das ganze Leben ausreicht, sondern stets aufs Neue, in tagtäglicher Anstrengung und bis ins Alter hinein (vgl. Negt 2010). Ein solcher Lernprozess ist ohne praktische Übung in solidarischer und kooperativer Mit- und Selbstbestimmung nicht möglich.

Zunächst wäre ein Nachdenken darüber erforderlich, worin die Dimensionen politischen Lernens bestehen, bevor man sich den marktbezogenen individuellen Qualifikationsanforderungen zuwendet. Auch hier gibt es eine weit in die Geschichte zurückreichende Tradition philosophischer und pädagogischer Argumentationen, auf die zurückgegriffen werden kann und die ich an drei Beispielen verdeutlichen möchte. So formuliert Immanuel Kant mit Blick auf die öffentliche Erziehung, dass „Kinder [...] nicht dem gegenwärtigen, sondern dem zukünftig möglichen bessern Zustande des menschlichen Geschlechts, das ist: die Idee der Menschheit, und deren ganzer Bestimmung angemessen, erzogen werden [sollen]“ (Kant 1803/1997, 16).

Das Kosmopolitische fasst Kant als das Weltbeste, welches mit dem Privatbesten verbunden ist. Erziehung müsse demzufolge universalen Prinzipien folgen, die auf die Entwicklung zum Guten der gesamten Menschheit gerichtet sind und innerhalb derer der Mensch als Zweck an sich sowohl sich selbst als auch andere nicht als bloßes Mittel gebraucht. Der Zweck des Menschen an sich ist nicht trennbar von dessen Würde und dem damit verbundenen Demütigungsverbot und bezieht sich auf drei Dimensionen: die körperliche Integrität, die personale Identität und soziokulturelle Zugehörigkeit.
Auch nach John Dewey (1916/2011), US-amerikanischer Philosoph und Pädagoge, müsse Erziehung menschheitsgemeinsame Ziele und Zwecke in den Blick nehmen, wenn nicht nur der gegenwärtige gesellschaftliche Status fortbestehen soll. Lernen müsse in diesem Sinn inhaltliche (weltgesellschaftlich orientierte), soziale und individuelle Sinndimensionen beinhalten. Bereits Dewey kritisiert deshalb eine national ausgerichtete Erziehung: „Unter dem Einfluss deutschen Denkens vor allem wurde Erziehung zu einer staatlichen Angelegenheit, und als ihre Aufgabe wurde betrachtet, das Ideal des nationalen Staats zu verwirklichen. An die Stelle der Menschheit trat der Staat, an die Stelle des Weltbürgertums das Staatsbürgertum. Die Bildung des Staatsbürgers, nicht des Menschen, wurde Ziel der Erziehung“ (Dewey 1916/2011, 129).

Nach dem Erziehungswissenschaftler Wolfgang Klafki (2007) betrifft Allgemeinbildung alle humanen Fähigkeitsdimensionen – moralische, kognitive, ästhetische und praktische. Eine zeitgemäße und kritische Bildung thematisiert nach Klafki immer wieder neu zu verhandelnde und die gesamte Menschheit betreffende epochaltypische Schlüsselprobleme. Dazu gehören für ihn gegenwärtig die Friedensfrage, die Umweltfrage, die Frage nach der Ich-Du-Beziehung, die nach sozialer Gerechtigkeit und die Frage nach dem Umgang mit modernen Technologien.

Mittels dieser drei philosophischen bzw. pädagogischen Perspektiven nach Kant, Dewey und Klafki kann bildungs- und erziehungstheoretisch legitimiert werden, dass Demokratie als Lebensform, basierend auf universalen Werten, global, nicht nur nationalstaatlich gedacht werden kann. Die Demokratiepädagogik (wie auch die Politische Bildung) bewegt sich jedoch weitgehend in einem nationalstaatlichen Verständnis von ‚Demokratie als Lebensform‘ und bzw. oder ‚Demokratie als Regierungsform‘. Im Zentrum pädagogischer Aktivitäten und Konzepte innerhalb der Bundesrepublik stehen vor allem antirassistische Ansätze, die Rechtsextremismusprävention und Beteiligungsansätze (vgl. u.a. Beutel und Fauser 2013). Das Globale Lernen kann hier einen horizonterweiternden Akzent setzen und Perspektiven für eine umfassende Allgemeinbildung eröffnen.

Zum demokratiepädagogischen Auftrag Globalen Lernens

Auch Globales Lernen erfolgt im Medium des Demokratischen, da es sich auf Maxime beruft, die die Demokratie für sich in Anspruch nimmt. Das Globale Lernen wird allgemein als pädagogische Reaktion auf die Entwicklung zur vielfältig vernetzten Weltgesellschaft gefasst (vgl. Scheunpflug 2002). Es erhebt den Anspruch, die Universalität menschlicher Grundbedürfnisse anzuerkennen und steht für ein universales Programm der humanistischen Bildung.
Vor dem Hintergrund der bisherigen Überlegungen scheint die Verschränkung von Perspektiven der Demokratiepädagogik und des Globalen Lernens sinnvoll und gewinnbringend. Dabei können drei didaktisch relevante Ebenen in den Blick genommen werden: (1) Auf der Makroebene stellt sich die Frage nach dem ‚Wesen' des Globalen. Es kann als universales Prinzip gefasst werden, welches die Universalität menschlicher Bedürfnisse und Menschenrechte in den Blick nimmt und mit der Frage verbunden ist, in welcher (Welt-) Gesellschaft wir heute und in Zukunft leben (wollen) bzw. wie eine Gesellschaft verfasst sein muss, die die Anerkennung menschlicher Grundbedürfnisse einfordert. (2) Auf der Mesoebene geht es um die Schaffung von Lernanlässen, die die jeweiligen (Lebens-)Regionen der Lernenden in ihrer Spezifik und in ihrer kulturellen, sozialen, politischen, ökonomischen bzw. ökologischen Vernetzung mit anderen Regionen einbeziehen bzw. berücksichtigen. Ansatzpunkte bietet das Regionale Lernen (vgl. u.a. Salzmann 1995). Diese Lernanlässe sind exemplarisch und gleichermaßen konkret. Sie nehmen ihren Ausgangspunkt in der Annahme, dass subjektive Weltbilder zunächst und in entscheidendem Maße egozentrisch und regiozentrisch ausgerichtet sind. (3) Auf der Mikroebene wird die Schule als pädagogische Institution mit einem strukturbedingten Demokratiedefizit zum Thema. Hier stellt sich immer wieder aufs Neue die Frage, wie diesem Demokratiedefizit zumindest teilweise begegnet werden kann. Konkret sind es nicht nur beteiligungsorientierte Ansätze, die hier verfolgt werden können. Insbesondere die Qualität der zwischenmenschlichen Beziehungen der an Schule Beteiligten scheint demokratiepädagogisch vernachlässigt zu sein. Der Psychologe und Psychoanalytiker Arno Gruen postulierte kurz vor seinem Tod, dass Demokratie auf die Fähigkeit zur Empathie angewiesen sei. Ohne die Fähigkeit, sich in die Bedürfnislagen Anderer hineinversetzen zu können, bleiben demokratiepädagogische Intentionen und Ziele des Globalen Lernens leer bzw. floskelhaft. Schulpädagogisch gewendet geht es hier also darum, die Beziehungen der Agierenden auf ihren humanen Gehalt hin zu prüfen, sie zu „durchmenschlichen", wie der Religionsphilosoph Marin Buber sagt. Die Schule wäre so gegenüber ökonomischen bzw. verwertbarkeitsorientierten Vereinnahmungen durch eine marktförmige Gesellschaft als pädagogische Institution zu verteidigen. Dies beinhaltet einen weiten inhaltlichen Rahmen – von der Kommunikations- und Beziehungsqualität bis hin zur Frage der Auswahl von Lerninhalten. Ebenso bedeutend ist die Frage nach der Vermittlung jenseits einer Belehrungskultur, die nicht berührt, nicht unter die Haut geht, kein Fragen und kein Staunen zulässt und suggeriert, die Welt könne über die bloße Aneignung didaktisierten Wissens verfüg- und verstehbar gemacht werden. Das dialogische Lernen nach Martin Wagenschein ist hier beispielhaft für eine andere Form der Auseinandersetzung mit Welt. In subjektheoretischer Lesart muss Globales Lernen didaktisch an konkreten Lebensfragen und Lerngründen der Schülerinnen und Schüler ansetzen und ein expansives, welterweiterndes Lernen jenseits eines Lernens zur Vermeidung von Sanktionen ermöglichen (vgl. Holzkamp 1995).

Ein Beispiel für Lernanlässe, welche diese drei Ebenen berücksichtigten, sind Projekte von Peace Counts, ein Zusammenschluss von Friedenspädagogen, Journalisten und Friedens- und Konfliktforschern. Peace Counts setzt sich für eine Welt ein, in der Konflikte gewaltfrei und konstruktiv gelöst werden und eine Kultur des Friedens wachsen kann (vgl. Peace Counts: Unsere Ziele). Dies erfolgt über die Moderation und Dokumentation weltweit gelingender Befriedungs- und Konfliktlösungsprozesse. Die Universalität menschlicher Bedürfnisse, die regionale und soziale Spezifik von Konflikten und die zwischenmenschliche Ebene der Konflikttransformation können hier konkret und nachvollziehbar werden und als Folie für die Reflexion der eigenen Person in ihrem Verhältnis zu (Mit-) Schülerinnen und Schülern und (anderen) Lehrpersonen sowie fungieren.

Globales Lernen im Lichte demokratischer Prämissen kann dann ein Reformimpuls für die Schule als Bildungs-, nicht nur als Ausbildungsinstitution sein, wenn diese Ebenen immer wieder in unterschiedlichen Nuancen auf ihren Lern- und Entwicklungsgehalt hin berücksichtigt und auf ihren spezifischen Fachbezug hin befragt werden.

1 Die Universalität von Grundbedürfnissen und, damit verbunden, Menschenrechten, wird von Vertreterinnen und Vertretern des extremen Kulturrelativismus infrage gestellt. Dieser verkörpert, so die hier vertretene Position, eine Haltung, die sich letztlich gleichgültig gegenüber dem Menschen als Person und als Individuum verhält, denn kein Mensch, unabhängig von seiner Herkunft, seiner Verfasstheit und seinem Lebensort, wird Formen der (Körper-) Verletzung, der Missachtung und der Diskriminierung als angenehm und entwicklungsförderlich empfinden.

LITERATUR

Beutel, Wolfgang/ Fauser, Peter (Hrsg.) (2013): Demokratie erfahren. Analysen, Berichte und Anstöße aus dem Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln". Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

Deutscher Bundestag: Die Grundrechte. URL: https://www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_01/ (zuletzt aufgerufen am 11.04.2016).

Dewey, John (1916/2011): Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik. Herausgegeben von Jürgen Oelkers. Weinheim und Basel: Beltz.

Habermas, Jürgen (2012): Zur Verfassung Europas. Ein Essay. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Holzkamp, Klaus (1995): Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung. Frankfurt/M. u.a.: Campus Verlag.

Kant, Immanuel (1803/1997): Über die Erziehung. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Klafki, Wolfgang (2007): Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Zeitgemäße Allgemeinbildung und kritisch-konstruktive Didaktik. Weinheim: Beltz Verlag.

Melzer, Ralf/ Serafin, Sebastian (2013): Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Forum Berlin/Politischer Dialog. Berlin/Bonn.

Negt, Oskar (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen: Steidl Verlag.

Nussbaum, Martha (2001): Woman and Human Development: The Capabilities Approach. Cambridge: University Press.

Peace Counts (o.J.): Unsere Ziele URL: http://www.peace-counts.org/uber-uns/ziele/ (zuletzt aufgerufen am 11.04.2016).

Salzmann, Christian/Meyer, Carsten/Baeumer, Heinrich (Hrsg.): Theorie und Praxis des Regionalen Lernens. Umweltpädagogische Impulse für außerschulisches Lernen. Das Beispiel des Regionalen Umweltbildungszentrums Lernstandort Noller Schlucht. Frankfurt/M.: Peter Lang Verlag.

Scheunpflug, Annette/Schröck, Nikolaus (2002): Globales Lernen. Einführung in eine pädagogische Konzeption zur entwicklungsbezogenen Bildung. Stuttgart: Aktion Brot für die Welt.

Sen, Amartya (2010): Die Idee der Gerechtigkeit. München: C.H. Beck.

Gesprächskreise

Im Anschluss an die Vorträge von Wolfgang Schaffar und Constanze Berndt wurden an den beiden Tagungsorten vielfältige Gesprächskreise angeboten. Die Teilnehmenden konnten sowohl in Graz als auch in Wien entweder mit den beiden Vortragenden Wolfram Schaffar und Constanze Berndt in eine vertiefende Diskussion zu ihren Vorträgen eintauchen oder andere Perspektiven kennenlernen.

Demokratie global denken – ein Thema für die Bildung?

Wolfram Schaffar lud die Teilnehmenden ein, gemeinsam darüber nachzudenken, wie das Tagungsthema „Demokratie global denken" auch für Bildungsprozesse fruchtbar gemacht werden kann. Schule, außerschulische Jugendarbeit oder Erwachsenenbildung sind herausgefordert, den Blick auf globale Tendenzen von Demokratieentwicklung zu richten. Die Teilnehmenden brachten Beispiele aus eigenen Tätigkeitsfeldern oder ihre eigenen Erfahrungen mit politischer Bildung ein.

Demokratiepädagogik im Kontext von Weltgesellschaft

Constanze Berndt konnte im Gesprächskreis genauer auf Projekte eingehen, in denen Demokratiebildung erfolgt und eine Verbindung zu globalen Themen hergestellt wird. Die Teilnehmenden tauschten sich mit ihr über Möglichkeiten für Demokratielernen, friedenspädagogische Arbeit und gewaltfreie Kommunikation aus. Diskutiert wurden außerdem Spannungsfelder politischer Bildung und das Verhältnis von Politik und Bildung. Berndt betonte zudem, dass Demokratie auch Empathie braucht und dies in Bildungsprozessen gefördert werden kann und soll.

Schule als Lernort für „global citizens“

Verena Rieser, Absolventin des ersten Universitätslehrgangs Global Citizenship Education, erzählte eindrücklich von einem Projekt, das sie als Lehrerin mit ihrer Volksschulklasse durchführte. Das Projekt „Wir gründen einen Staat“ ist nicht nur ein Beispiel dafür, dass politische Bildung bereits VolksschülerInnen faszinieren kann. Die Kinder haben es eigenständig als wichtig erachtet, Formen grenzübergreifender Zusammenarbeit zu finden, und damit Schritte hin zur Entwicklung von Kompetenzen als „global citizens“ gesetzt. Susanne Reitmair-Juarez vom Demokratiezentrum Wien konnte weitere Beispiele für Schulprojekte und Unterrichtsideen zu Global Citizenship Education einbringen.

Demokratie lernen und Demokratie leben

Barbara Schmiedl vom Europäisches Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie widmete sich in ihrem Workshop in Graz der Menschenrechtsbildung. Der Workshop gab einen spannenden Einblick und ermöglichte das Ausprobieren konkreter Methoden und Übungen für die schulische und außerschulische Bildung.

Mit gelebter Demokratie wurden die Teilnehmenden im Workshop konfrontiert, den Daniel Diakiese für den Verein Zebra und die Antidiskriminierungsstelle Steiermark durchführte. Schwerpunkt bildete die Auseinandersetzung mit der individuellen und der strukturellen Ebene von Rassismus. Selbst rassistischen Tendenzen entgegenzutreten, Möglichkeiten für rechtliche Beschwerden und Interventionen zu kennen sind Ausdruck gelebter Demokratie.

Widerstand – unverzichtbares Element von Demokratie? Filme zum Thema

Ein Highlight bildeten sowohl in Graz als auch in Wien die Gesprächskreise mit den FilmemacherInnen Arash T. Riahi und Alexandra Schneider.

Alexandra Schneider erzählte eindrücklich von ihren Erfahrungen in Ägypten, wo sie während des Arabischen Frühlings mehrmals ihre Protagonistinnen aus dem Film „Private Revolution. Jung, weiblich, ägyptisch“ getroffen hat. Sie konnte damit sehr intime Einblicke in das Leben von vier jungen Frauen und deren Vorstellungen von einem besseren Leben geben.

Arash T. Riahi sprach über die Entstehung des Films „EVERYDAY REBELLION“, einem Dokumentarfilm über vielfältige und kreative Formen zivilen Ungehorsams in verschiedenen Regionen der Welt. Riahi gab außerdem einen Einblick in den weiteren Verlauf des Cross-Media-Projekts, das sich rund um den Film entwickelt hat und das weiterhin gewaltfreie Formen von Widerstand sammelt.

Mehr zu den Filmen finden Sie auf Seite 26/27.

Gesprächskreise

Die Gesprächskreise und Vorträge
wurden in Graz mittels Graphic Recording festgehalten.

Graphic Recording

… Inhalte ohne Bilder sind un.denk.bar

Graphic Recording heißt live grafisch aufnehmen bzw. festhalten (engl. to record = aufnehmen).

Genau das hat Harald Karrer bei der Fachtagung 2015 an der KPH Graz getan. Kurz und prägnant hat er die wichtigsten Aussagen und wesentlichen Inhalte der Vorträge und Gesprächskreise auf Papier gebracht. Seine Arbeiten finden sich nun als visuelle Anreize in dieser Dokumentation.

Auf seiner Website **www.visualsforbusiness.at** schreibt Harald Karrer zu Graphic Recording:

Der Vorteil
Während das Gesagte wieder vergeht, bleiben die Graphic Recordings im Raum und hinterlassen so einen bleibenden Eindruck. Sie erreichen das Publikum daher nachhaltig & damit wirkungsvoll! Es entsteht ein Nach.Denken der Inhalte und dadurch Nach.Haltigkeit.

Die Wirkung
Bilder versetzen unser Gehirn in einen emotional angeregten Zustand. In einem solchen Zustand lernen wir besonders leicht bzw. sind offen für Neues und Veränderung. Ein Umstand, den die Werbung längst erkannt hat - in der Wissensverarbeitung aber noch viel zu wenig Beachtung findet.

Harald Karrer arbeitet seit 2010 als Graphic Recorder, Trainer und Coach im Bereich Visuelle Kommunikation.
Als gewerblicher Unternehmensberater hat er das notwendige Know-How um wirtschaftliche Hintergründe wie auch Vortragsthemen inhaltlich gut erfassen zu können und so in seinen Recordings fundiert umzusetzen.
Das Studium der Philosophie versetzt ihn außerdem in die Lage komplexe Sachverhalte genau zu analysieren und einfach - auf den Punkt gebracht - wiederzugeben.

Everyday Rebellion

Idee, Skript u. Regie:
Arash T. Riahi u. Arman T. Riahi
Produktion: 2013 Österreich/Schweiz
Golden Girls Filmproduktion & Filmservices
Co-Produktion: Mira Film
Kamera: Mario Minichmayr, Arash. T. Riahi, Arman T. Riahi, Dominik Spritzendorfer
Ton: Atanas Tcholakov, Abe Dolinger, Hjalti Bager-Jonathansson, Manuel Grandpierre, Nils Kirchhof, William Franck
Musik: TwoSpirits
Sound Design: Christof Steinmann
Schnitt: Nela Märki, David Arno Schwaiger
Sprache: Spanisch, Farsi, Arabisch, Russisch, Englisch (Dt. u. En. UT)

http://www.everydayrebellion.net/
https://www.facebook.com/EverydayRebellion

Als eine vielschichtige Hommage an die Kraft und die Macht, die zivilem Ungehorsam und den kreativen, gewaltlosen Protestformen weltweit innewohnt, versteht sich der Film EVERYDAY REBELLION. Die Aufstände im Iran nach den Präsidentschaftswahlen 2009 und jene des "Arabischen Frühlings", aber auch die Occupy Bewegung, haben erfolgreiche Methoden des technisch unterstützten und unbewaffneten Widerstandes hervorgebracht.

EVERYDAY REBELLION untersucht diese Formen des Widerstandes sowie ihre Wurzeln, fragt auch nach, was nach den großen Protestwellen passiert. Wie geht der Widerstand im alltäglichen Leben in unterdrückenden Systemen weiter? Wo dringt der Protest ins öffentliche Leben? Was sind die unwiderruflichen Folgen dieses Widerstandes? Und wer sind die Menschen, die hinter der anonymen Protestmasse stehen?

EVERYDAY REBELLION, ein Dokumentarfilm der Brüder Arash und Arman T. Riahi, ist mehr als ein Film. Es ist ein Cross-Media-Projekt, das Film, soziale Medien und digitale, interaktive Tools verbindet. Der Film wird begleitet von einer mehrfach preisgekrönten, internationalen Web-Plattform (everydayrebellion.net) und einer mobilen Applikation.

Preise:
CPH:DOX 2013 - Politiken Publikumspreis
(mit der höchsten Bewertung in der Geschichte des Festivals)
CINEMA FOR PEACE 2014 - Most Valuable Documentary Of The Year Award Winner
B3 BIENNALE FRANKFURT 2013 - Ben Award für Bestes Transmedia-Projekt
ARTE PIXEL PITCH AWARD LONDON 2012 - Bestes Crossmedia-Projekt

Private Revolutions - Jung, Weiblich, Ägyptisch

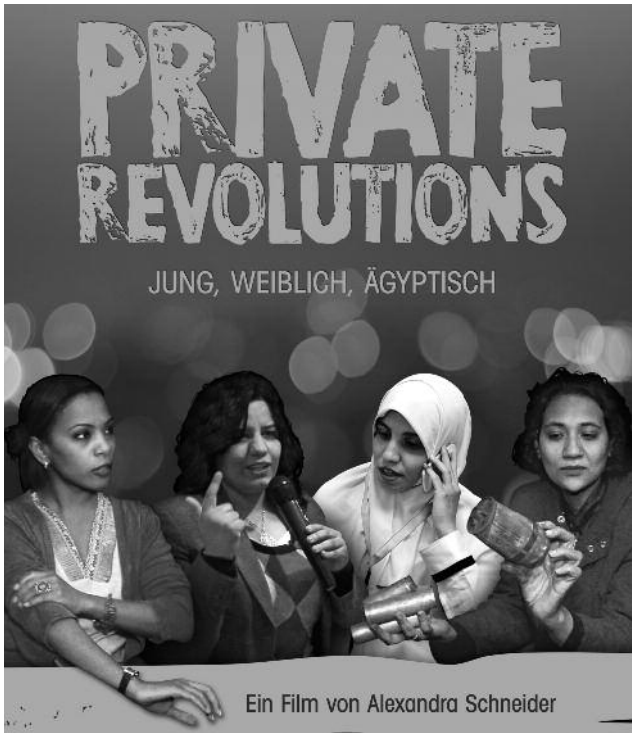
Vier junge Ägypterinnen kämpfen um die Verbesserung ihrer Welt: Amani engagiert sich mit ihrer Radiostation und ihrem Verlag für mehr Frauenrechte und stößt als unverheiratete Business-Frau alle vor den Kopf. Fatema versucht ihre politische Karriere bei den Muslimbrüdern mit ihren Verpflichtungen als Mutter zu vereinbaren. Die Nubierin May kündigt ihren Job als Bankerin, um ein Entwicklungsprojekt im konservativen Süden Ägyptens aufzubauen. Sharbat widersetzt sich ihrem Mann sowie ihrem sozialen Umfeld und riskiert alles, indem sie mit ihren Kindern gegen das Regime demonstriert.

„Brot, Freiheit und mehr soziale Gerechtigkeit" – dieser Slogan und das Engagement junger Frauen hat Alexandra Schneider berührt und neugierig gemacht. Es hat sie begeistert, dass die Slogans nicht „gegen etwas" gerichtet waren, sondern von Beginn an „für etwas" wie mehr Freiheit oder mehr Gerechtigkeit.

„Als ich in der Reihe stand, war ich überglücklich. Zum ersten Mal beim Wählen hatte ich das Gefühl, dass ich etwas ändern kann. Als ich meine Stimme abgab, schlug mein Herz schneller. Es war Zeit, dass etwas Neues geschieht. Veränderungen werden passieren. Es ist vielleicht der erste Schritt in eine bessere Zukunft." (Fatema Abuzeid, Protagonistin, über die Wahlen im November 2011)

Mit: Amani Eltunsi, Fatema Abouzeid, May Gah Allah, Sharbat Abdullah

Preise:
Publikumspreis - this human world 2014
Crossing Europe Social Awareness Award
Local Artist 2014
Nominiert für den "Deutschen Menschenrechts-Filmpreis 2014"



Regisseurin: Alexandra Schneider
Produzentin: Daniela Praher
Produktion: 2014 Österreich
Kamera: Sandra Merseburger, Alexandra Schneider
Schnitt: Alexandra Löwy
Ton: Alexandra Schneider, Daniela Praher
Sound Design: Andreas Pils
Farbbestimmung: Kurt Hennrich
Musik: Julian Hruza, Fayrouz Karawaya
Sprache: Englisch, Arabisch (Dt. UT)

www.privaterevolutions-film.com
https://www.facebook.com/pages/Private-Revolutions/107771032651263

Bundes-Fachtagung

Globales Lernen – Potenziale und Perspektiven

Wie viel Demokratie verträgt die Welt? Demokratie global denken

Zeit: Mo. 09. November 2015, 15.00 – 20.00 Uhr
Ort: Kirchliche Pädagogische Hochschule Graz
Lange Gasse 2, 8010 Graz

15.00 Uhr | **Begrüßung und Eröffnung**

Rektor Hofrat Mag. Dr. Siegfried Barones

15.15 Uhr | **Vorträge**

Dr. Wolfram Schaffar (Universität Wien, Internationale Entwicklung)

Demokratie global denken
Auf dem Weg zu einer transnationalen Demokratiebewegung

Dr.in Constanze Berndt (Universität Rostock, Institut für Schulpädagogik und Bildungsforschung)

Demokratiepädagogik und Globales Lernen
Perspektiven & Potenziale

16.50 Uhr | **Gesprächskreise**

18.30 Uhr | **Schlussimpuls & Präsentation**

Harald Karrer (www.visualsforbusiness.com)

grafic recording
Zusammenfassung des Tages

Mehr Informationen auf Seite 30

19.00 Uhr | **Eröffnung**

Eröffnungsworte: **Mag.a Pauline Riesel-Soumaré**

Austellungskurator: **Mag. Richard Schieder**

Ausstellung „Encuentros - Begegnungen“ von Andrea Bustos

Moderation druch den Tag: **Dr. Christian Brunnthaler**

Gesprächskreise

1 | Demokratie global denken - ein Thema für die Bildung?

INPUTS
Dr. Wolfram Schaffar (Universität Wien, Internationale Entwicklung)

2 | Demokratiepädagogik im Kontext von Weltgesellschaft - Herausforderungen für die Schule

INPUTS
Dr.in Constanze Berndt (Universität Rostock, Institut für Schulpädagogik und Bildungsforschung)

3 | Private Revolution - Jung, Weiblich, Ägyptisch

INPUTS
Alexandra Schneider (Regisseurin)

4 | Demokratie lernen

INPUTS
Mag.a Barbara Schmiedl (ETC Graz (Europäisches Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie)

5 | Demokratie gelebt

INPUTS
Antidiskriminierungsstelle Steiermark & **Verein Zebra**

Daniel Diakiese

PROGRAMM WIEN

Bundes-Fachtagung

Globales Lernen – Potenziale und Perspektiven

Wie viel Demokratie verträgt die Welt? Demokratie global denken

Zeit: Di. 10. November 2014, 14.00 – 19.30 Uhr
Ort: Albert Schweitzer Haus
Schwarzspanierstraße 13, 1090 Wien

14.00 Uhr | **Begrüßung und Eröffnung**

Dr.in Andrea Schmölzer (in Vertretung von SC Mag. Hanspeter Huber. BMBF, Sektion für internationale Angelegenheiten)

Dr. Klaus Himpsl-Gutermann (in Vetretung von Mag. Walter Swoboda. PH Wien, Institut für übergreifende Bildungsschwerpunkte)

14.20 Uhr | **Vorträge**

Dr. Wolfram Schaffar (Universität Wien, Internationale Entwicklung)

Demokratie global denken
Auf dem Weg zu einer transnationalen Demokratiebewegung

Dr.in Constanze Berndt (Universität Rostock, Institut für Schulpädagogik und Bildungsforschung)

Demokratiepädagogik und Globales Lernen
Perspektiven & Potenziale

16.20 Uhr | **Gesprächskreise**

18.00 Uhr | **Diskussion**

Wolfram Schaffar, Constanze Berndt, Arash T. Riahi

Demokratie global denken - Perspektiven

18.45 Uhr | **Zusammenfassung & Ausblick**

Moderation durch den Tag: **Dr.in Heidi Grobbauer** (KommEnt)

Gesprächskreise

1 | Demokratie global denken - ein Thema für die Bildung?

INPUTS
Dr. Wolfram Schaffar (Universität Wien, Internationale Entwicklung)

2 | Demokratiepädagogik im Kontext von Weltgesellschaft - Herausforderungen für die Schule

INPUTS
Constanze Berndt (Universität Rostock, Institut für Schulpädagogik und Bildungsforschung)

3 | Widerstand - unverzichtbares Element von Demokratie?

INPUTS
Arash T. Riahi (Regisseur)

4 | Schule als Lernort für „global citizens“ - Ideen und Projekte

INPUTS
Mag.a Verena Rieser (Volksschullehrerin und Absolventin des Lehrgangs Global Citizenship Education)
Mag.a Susanne Reitmair-Juárez (Demokratiezentrum Wien)

Globales Lernen in Österreich. Potenziale und Perspektiven.
Dokumentation der Tagung Globales Lernen 2012
Reihe Aktion & Reflexion. Texte zur transdisziplinären Entwicklungsforschung und dialogischen Bildung Heft 10, Wien/ Salzburg 2013.

Ökonomische Krisen & zukunftsfähige Bildung.
Dokumentation der Tagung Globales Lernen.
Potenziale und Perspektiven 2013.
Reihe Aktion & Reflexion. Texte zur transdisziplinären Entwicklungsforschung und dialogischen Bildung Heft 11, Wien/Salzburg 2014.

Rassismuskritische Bildung - eine aktuelle Herausforderung.
Dokumentation der Tagung Globales Lernen.
Potenziale und Perspektiven 2014.
Reihe Analysen & Impulse. Kritische Auseinadersetzungen mit aktuellen pädagogischen und politischen Fragen Heft 01, Salzburg 2015.

ANALYSEN & IMPULSE

komment papers 02

Mit „ANALYSEN & IMPULSE“ startet KommEnt eine Publikationsreihe, die Anlässe für kritische Auseinandersetzungen mit aktuellen politischen und pädagogischen Fragen aufgreift. Wir geben damit Einblick in Tagungen und Veranstaltungen, halten wichtige Impulse aus Vorträgen und Diskussionen fest, greifen relevante Themen aus unseren Arbeitsfeldern auf und regen zur weiteren Auseinandersetzung an.

KommEnt widmet sich Bildungs- und Lernprozessen, die die kritische Analyse von Weltverhältnissen, die Auseinandersetzung mit alternativen Entwicklungswegen, die Förderung politischer Teilhabe und die Reflexion des eigenen Denkens und Tuns zum Ziel haben.

KONTAKT

KommEnt
Gesellschaft für Kommunikation, Entwicklung und dialogische Bildung
Elisabethstraße 2/5. Stock • 5020 Salzburg
T. +43 662 84 09 53 • office@komment.at
www.komment.at

komment Gesellschaft für Kommunikation | Entwicklung | dialogische Bildung

ISBN: 978-3-9504408-0-5